



***Essay: Philanthrokapitalismus: Solidarität als Ware?
Der Versuch einer marxistischen Begriffskritik.
Bamberg, den 27. November 2022***

Gliederung

| | |
|--|-----------|
| 1 Einleitung | 3 |
| 2 Hauptteil | 4 |
| 2.1. Bedeutungsverlust proletarischer Solidarität durch Kapitalisten als Interessenvertreter des Proletariats im Rahmen einer kapitalistischen Hierarchie | 4 |
| 2.2 Die Unwahrscheinlichkeit von Solidarität in philanthrokapitalistischen Strukturen | 5 |
| 2.3 Die Irrationalität der Philanthropie aus marktwirtschaftlicher Perspektive | 7 |
| 3 Resümee und Ausblick | 9 |
| 4 Postskriptum | 10 |
| Literaturverzeichnis | 11 |

1 Einleitung

„Das Volk hat gesprochen. Trump wird wieder zugelassen.“: Mit diesen frei übersetzten Worten verkündete der umstrittene Tech-Unternehmer Elon Musk im November 2022 das Ergebnis einer Abstimmung auf der von ihm erworbenen Plattform Twitter. Der Hintergrund: Der Account des wegen haltlosen Behauptungen gesperrten ehemaligen US-Präsidenten soll unter der Schirmherrschaft des neuen Twitter-Eigentümers nur dann freigeschaltet werden, wenn sich hierfür eine Mehrheit auf der Plattform findet. Unabhängig vom Ergebnis dieser Umfrage ist Musk der klare Gewinner: Entweder, da Trump zugelassen wird und der Plattform somit mehr kostenlose mediale Beachtung beschert, oder, da Fürsprecher und Gegner des Ex-Präsidenten neue Accounts für die Teilnahme an der Abstimmung kreieren, wodurch der Marktwert des Medienunternehmens ebenfalls steigt. Ob Musk aus einer feinen demokratischen Gesinnung heraus gehandelt hat, oder es sich um ein kühl berechnetes taktisches Manöver handelt, steht ebenso in den Sternen wie die Erfolgsaussichten der von ihm gepriesenen Mars-Kolonie. Unzweifelhaft ist jedoch, dass sich der oftmals als Produktivitätsguru stilisierte und als Science-Fiction-Pionier gepriesene Multimilliardär durch seine medienwirksamen Auftritte einer wachsenden Faszination erfreut. Dabei ist es ein immer wiederkehrender Bestandteil der Medienstrategie Musks, Teile seiner Handlungsweisen und Entscheidungen durch die vermeintliche Partizipation der Gesellschaft zu legitimieren. So lässt er im November 2021 auf Twitter darüber abstimmen, ob er einen Teil seiner Tesla-Aktien verkaufen soll – ein starker Kurseinbruch ist die Folge. Ein Jahr später gibt er die Verantwortung für den Umstand, dass er als neuer Arbeitgeber unverhältnismäßig erscheinende Ansprüche stellt, ebenfalls elegant an das Twitter-Personal ab: Nur, wer sinngemäß seine neue Rolle als gehorsamer Fußabtreter per E-Mail bestätigt, darf bleiben. Ein massiver Shitstorm, wie er bei anderen Unternehmern zu erwarten gewesen wäre, blieb hier jedoch aus – wohl, da der Glaube an den scheinbaren Weltverbesserer unerschütterlich geworden ist. Der Milliardär wurde zum Symbol einer demokratischen Entscheidungskette, sein Vermögen wurde zum kollektiv verliehenen Verdienstorden. Jedoch eröffnet der skeptische Blick die Frage, ob der hier skizzierte Glaube tatsächlich aus der erbaulichen Wirkung hyperreicher Menschenfreunde resultiert, oder womöglich eine Bewältigungsstrategie für die Ohnmacht der Gesellschaft gegenüber einer scheinbar unüberwindbaren Hierarchie zwischen Bourgeoisie und Proletariern darstellt. In diesem Zusammenhang zeichnet sich eine Dynamik ab, die vorgeblich geeignet ist, die Ungleichheit der beiden Klassen weiter zu legitimieren. Sie firmiert unter dem Begriff des Philanthrokapitalismus, welcher „[...] als Philanthropie schwerreicher Unternehmer konnotiert [...] und mit Stifterpersönlichkeiten in Verbindung gebracht [...]“ (Sandberg 2014,

64) wird. Die bereits angedeutete marxistische Perspektive gerät durch eine Betrachtung von Unternehmern als solidaritätsstiftende Entitäten ins Wanken: Wenn die Philanthropie der Bourgeoisie ein wirksames Konzept zur Überwindung kapitalistischer Verhältnisse ist, stellt sich die Frage, ob die Organisation des Proletariats weiterhin eine Notwendigkeit darstellt. Der vorliegende Essay soll dieser Problematik nachgehen und abschließend die Frage beantworten, ob das Proletariat aus einer marxistischen Sichtweise heraus die philanthropische Verantwortung für eine solidarische Umverteilung von Reichtum bedenkenlos an Akteure der Bourgeoisie abgeben kann. Die These ist hierbei, dass der Begriff des Philanthrokapitalismus höchstens ein oberflächliches Mitwirkungsrecht des Proletariats ermöglicht, seine Aufrechterhaltung in der bereits genannten Definition der Durchsetzung einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung dient.

2 Hauptteil

2.1. Bedeutungsverlust proletarischer Solidarität durch Kapitalisten als Interessenvertreter des Proletariats im Rahmen einer kapitalistischen Hierarchie

Aus marxistischer Sichtweise besteht eine Eigenschaft des Kapitalismus in der mangelnden Kontrolle der Arbeiter über den von ihnen erarbeiteten Reichtum: Eine Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kann nur dann erfolgreich sein, wenn Arbeitskräfte mehr Vermögen erwirtschaften, als sie selbst erhalten. Jener Logik liegt die Annahme zugrunde, dass ein bestimmter Ertrag des durch die Proletarier erwirtschafteten Reichtums den Akteuren der Bourgeoisie zukommen muss, welche durch den Tausch von Geld gegen Arbeitskraft ihre Vermögenswerte für sich arbeiten lassen und hierdurch auch vermehren. (vgl. Marx / Engels 1848, 13). Das Konzept, Geld für sich arbeiten zu lassen, bildet somit den obligatorischen Kern des Kapitalismus. Eine durch wirkungsvolle Solidarität des Arbeiterkollektivs erfolgreiche Mitbestimmung der Arbeitskräfte über die Umverteilung des Reichtums und die Abkehr von jenem Konzept würde zu einem sofortigen Wandel der Wirtschaftsordnung führen, nach dessen Vollzug diese nicht mehr als Kapitalismus zu bezeichnen wäre. Das Konzept einer funktionellen Anwendung von Solidarität erscheint im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung somit schwer greifbar.

Der Wirkungsmechanismus dessen, was sich im neoliberalen Sinne als naheliegendstes Surrogat für Solidarität konnotieren lässt, soll anhand des folgenden Beispiels skizziert werden: In einem Lagerhaus finden sich die Arbeiter zusammen, um ein besseres

Arbeitsklima sowie einen höheren Lohn zu erstreiten. Nach einer Verhandlung mit dem Arbeitgeber, welcher erklärt, eine Lohnerhöhung ginge mit der Streichung von Stellen einher, wird sich auf das Aufstellen eines Tischkickers im Pausenraum geeinigt. Im Gegenzug wird die Forderung nach höherem Lohn fallengelassen, denn gekündigt werden möchte freilich niemand.

Die Arbeiter verlassen bestärkt in ihrer Selbstwirksamkeit das Büro und gehen tüchtig zur Arbeit über. Tatsächlich jedoch verändert sich nichts an der Rolle der Proletarier, deren Mitbestimmungsrecht nur zum Schein wahrgenommen wurde: Die Beschäftigten haben zwar das Gefühl, der Arbeitgeber nähme sie mitsamt ihrem Ansinnen ernst. Dabei sind es jedoch kaum sie selbst, die an ihrem Arbeitsplatz Herrschaft über die Ausstattung der Geschäftsräume ausüben. Vielmehr orientiert sich der Arbeitgeber aus Interesse an einer Effizienzsteigerung an den Standards der Arbeitspsychologie, um statistisch fundiert Kosten eines Spielgeräts gegen die finanziellen Vorzüge eines besser gestimmten Personals abzuwägen, das im Falle von Missgunst Probleme bereiten oder einen Streik vom Zaun brechen könnte. Ohne es zu wissen, werden die Arbeiter nicht in ihrer Rolle als Mensch wahrgenommen, sondern von der Bourgeoisie auf ihre Rolle als Produktivkraft und Ware reduziert. Aus der Perspektive von Marx und Engels entfremden sich die Verkäufer der eigenen Arbeitskraft auf diese Weise von sich selbst, da sie nicht selbst über die Arbeitsbedingungen ihrer Zunft bestimmen, sondern von den Kapitalisten als Ware betrachtet und dementsprechend verwaltet werden (vgl. Marx / Engels 1848, 6). An jener Machtkonzentration bei den Kapitalisten ändert sich auch durch das unter dem kollektiven ökonomischen Druck der halbherzig organisierten Arbeitskräfte durchgesetzte Solidaritäts-Surrogat in Form eines Spielgeräts nichts: Die Solidarität im Rahmen des Proletariats bleibt weitgehend erfolglos. Die Bourgeoisie handelt hier hingegen überhaupt nicht solidarisch, sondern wählt lediglich die beste verfügbare Maßnahme zur Sicherung ihres Kapitals. Die Unmöglichkeit einer Herrschaft des Arbeiterkollektivs unter dem Gebot der Lohnabhängigkeit erscheint unter den geschilderten Bedingungen ebenso offensichtlich wie das fehlende Interesse der Bourgeoisie an einer Vermögensumverteilung.

2.2 Die Unwahrscheinlichkeit von Solidarität in philanthrokapitalistischen Strukturen

Der Philanthrokapitalismus verspricht hingegen die Ermöglichung einer wahrhaftigen Solidarität, welche nicht nur notgedrungen und oberflächlich den aktuellen gesellschaftlichen Werten und Normen Genüge tut. Schließlich müsse es, so das Credo, in

der natürlichen Verantwortung der Kapitalisten liegen, durch ihre Machtposition für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Im Gegensatz zum scheinbar ursprünglichen Kapitalismus wird hier angenommen, die Kapitalisten zeigten sich aus einer völlig intrinsischen Barmherzigkeit heraus solidarisch mit jenen, an deren akkumulierter Arbeitskraft sie sich bereichern. Dem Kapitalisten wird die Rolle des gutherzigen Retters zugeschrieben, der nicht nur auf Verlangen seines Personals sein Vermögen teilt, sondern darüber hinaus seine Einnahmen ohne Gegenleistung dem Proletariat in ausgewählten Institutionen, wie beispielsweise Entwicklungsländern, zukommen lässt. Die erkennbare Forderung der Vertreter des Philanthrokapitalismus ist es, die Umsetzung von Solidarität einzig zur Aufgabe der Kapitalisten zu erklären. Eine Abkehr von kapitalistischen Prinzipien wäre nach dieser Auffassung nicht notwendig.

Eine wesentliche Komponente vereint die beiden Ansätze: Sowohl im traditionellen Kapitalismus als auch in dessen vermeintlicher Weiterentwicklung geschieht Solidarität nicht durch eine Herrschaft des Proletariats, welches selbstbestimmt den durch seine Arbeitsleistung produzierten Mehrwert verwaltet. Während diese Tatsache im traditionellen Kapitalismus offensichtlich und selbstverständlich wirkt, maskiert der Philanthrokapitalismus jenes Machtgefälle, indem er vorgibt, Kapitalisten seien demokratisch legitimierte und gemeinnützige Abgeordnete der Gesellschaft. Gleichzeitig postuliert der Philanthrokapitalismus, die Solidarität von Kapitalisten gegenüber dem Proletariat sei das Produkt eines sozialen Zusammenhalts beider Klassen.

Das den Kapitalisten unweigerlich immanente Interesse an wirtschaftlicher Produktion steht jedoch in einem direkten Widerspruch mit einer Solidarität gegenüber jener Klasse, welche ihre Arbeitskraft zugunsten der Kapitalisten verkauft. Eine wesentliche Voraussetzung für Solidarität ist jedoch das Vertreten gemeinsamer Ziele. So wie die Solidarität der Viehzüchter gegenüber ihren Tieren nicht zu einer Abschaffung der Nutzung von Vieh führen kann, wird auch eine Solidarität von Kapitalisten gegenüber dem Proletariat fruchtlos bleiben. Eine ansatzweise Solidarität könnte nur dann erwachsen, wenn im Arbeiterkollektiv darüber entschieden wird, wie die Einnahmen kapitalistischer Akteure verteilt werden – wobei sich die Frage stellt, ob bei einem Erfolg eines derartigen Vorhabens noch von der Wirtschaftsordnung des Kapitalismus zu sprechen wäre.

2.3 Die Irrationalität der Philanthropie aus marktwirtschaftlicher Perspektive

Der vorgenannte Punkt erklärt, weshalb sich wirksame Solidarität in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht durch die Einwirkung der Bourgeoisie konstituieren kann. Jedoch bleibt hierbei die Frage offen, weshalb der Philanthrokapitalismus überhaupt eine Weitergabe des vom Proletariat erzeugten Mehrwerts durch die Bourgeoisie an ausgewählte Bestandteile des Proletariats zulässt, die nicht auf dem Wege der Nötigung durch die geeinte Arbeitermacht erstritten wird. Wenn die Bourgeoisie Entscheidungen trifft, mit welchen sie ihr Profitinteresse konterkariert, so müsste sich der Kapitalismus selbst abschaffen, da die Vermögenskonzentration im Bereich der Herrscher über die Produktionsmittel ein wesentliches Merkmal des Kapitalismus darstellt (vgl. Marx / Engels 1848, 4). Paradoxerweise scheint sich das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen in den vergangenen Jahren dennoch als Erfolgsfaktor durchgesetzt zu haben: Die Begriffe Nachhaltigkeit und Fairness – insbesondere in Bezug auf die Arbeitsbedingungen – sind keine „netten Extras“ mehr, sondern haben sich zum festen Bestandteil des Images zahlreicher Firmen weiterentwickelt. Unabhängig von ihrer Authentizität sind die Versprechen Zeugnisse einer zunehmenden Ablehnung der Verbraucher gegenüber den konventionellen Produktionsmethoden. Entscheidend für den Sinneswandel des Marktes ist in diesem Kontext wohl ein in der Konsumentensouveränität begründeter Wettbewerbsvorteil. Der Wohltätigkeitscharakter von Unternehmen wurde so zu einer marktwirtschaftlichen Notwendigkeit.

Um die Konsequenzen dieser Betrachtungsweise für das Handeln der sogenannten Philanthrokapitalisten einschätzen zu können, muss geprüft werden, ob sie tatsächlich dem rein idealistischen Maßstab der Philanthropie gerecht wird, oder ob sie Rückschlüsse auf Mechanismen zulässt, die jenseits einer instinktiven Barmherzigkeit liegen. An dem Kontrast zwischen dem egoistisch klingenden Wort „Wettbewerbsvorteil“ und dem wohlklingenden Begriff der „Philanthropie“ lässt sich erahnen, dass die unbedachte Verwendung des Begriffs „Philanthrokapitalismus“ zu einer Diskussionsverschiebung zugunsten kapitalistischer Akteure verleitet: Durch eine philanthropische Reform, so die Ansicht der Fürsprecher des Begriffs, könne der Kapitalismus hin zu einer Wirtschaftsordnung weiterentwickelt werden, in welcher die Nächstenliebe eine ebenso selbstverständliche Eigendynamik verkörpert wie das Profitstreben der Kapitalisten (vgl. Sandberg 2014, 73f). Da die unter dem Slogan der Solidarität beworbene Ware des „Spendens“ bereits im Rahmen der konsumorientierten Philanthropie als etwas unverkennbar Gutes angesehen wird, erfolgt kaum eine gesellschaftliche Reflektion über die Frage, welche Konsequenzen derartige Transaktionen bewirken (vgl. Li 2017, 459).

Die symbolisch generalisierte Kommodifizierung des Spendens lässt die proletarischen Empfänger der Hilfgelder zu populären Waren werden, wodurch es zur im Sinne des Kapitalismus einzig akzeptablen Methode zur Beseitigung von Ungleichheit wird (vgl. ebd.). Aus dieser Schlussfolgerung heraus konsumiert das Proletariat Charity-Produkte und Spendenzertifikate, wobei es annehmen muss, dass es ihm die Bourgeoisie gleichtut. Dabei liegt es zunächst im Rahmen der kapitalistischen Logik auf der Hand, dass eine scheinbar freiwillige Umverteilung von Reichtum nicht völlig uneigennützig geschehen kann. Um Ressourcen für die vermeintlich wohltätigen Zwecke zu mobilisieren, greifen Unternehmer auf Geld zurück, welches sie vorher an anderer Stelle eingespart haben. Diese Ersparnis lässt sich jedoch nicht auf eine zufällige Steigerung der Produktivität oder ähnlich scheinbar zufällige Ereignisse zurückführen. Vielmehr unterliegt die Ersparnis dem Kalkül des Unternehmers, dessen Angestellte stets mehr Reichtum für das Unternehmen produzieren, als sie für sich selbst erhalten. Sie hängt daher immer mit einer Produktion auf Kosten der Angestellten zusammen und bedeutet für diese zunächst nichts anderes als die Vorenthaltung einer höheren Gewinnbeteiligung.

Weiterhin spielt sich die Hierarchie zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht nur innerhalb von Unternehmen ab, sondern zeigt sich auch im Zusammenspiel staatlicher Akteure. So wird er von Arbeitern in westlichen Ländern generierte Reichtum an marginalisierte Produktionsländer im Tausch gegen dort hergestellte Waren weitergegeben. Hierbei gilt es zu bedenken, dass die Produktionsländer in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung stets die Aufgabe übernehmen, die Herstellungskosten in den jeweiligen Konsumnationen zu unterbieten. In dieser Folge sind sie dazu angehalten, zu ihrer eigenen Lebenshaltung mehr Reichtum zu produzieren, als sie selbst erhalten. Eine zusätzliche Subventionierung durch die Konsumnationen kann in Folge jener Dynamik nie dazu führen, dass die Produktionsländer insgesamt über mehr Ressourcen verfügen, als sie für ihre Produktion aufgewendet haben. Der Philanthrokapitalismus verspricht auch hier, diese Problematik allein durch das Credo einer freiwilligen Wohltätigkeit privatwirtschaftlicher Akteure aufzulösen. Jene Freiwilligkeit birgt jedoch ein Risiko: Wenn die Verantwortung für Philanthropie der Willkür von Kapitalisten unterstellt anstatt in einer Verfassung verankert wird, führt dies beim Auftreten einer Wirtschaftskrise zu einer fraglichen Zuverlässigkeit des Systems. Auch führt das automatische Umdeuten der Spenden unternehmensnaher Stiftungen zur Philanthropie dazu, dass die Funktion jener Transaktionen nicht weiter reflektiert wird. Dabei gilt es auch hier zu bedenken, dass die hierzu eingesetzten Stiftungen, welche „[...] als unpolitisch wahrgenommen [werden], obwohl sie auf politische Entscheidungen Einfluss nehmen [...]“ (Sandberg 2014, 72) unter der

Maßgabe eines marktwirtschaftlichen Kalküls vorgehen. Anhand des Beispiels der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung zeigt sich beispielsweise, dass die Spenden an Entwicklungsländer genutzt werden können, um als Gegenleistung für die gezahlten Gelder eine Erlaubnis für Genexperimente zu erwirken, welche im Westen gesetzlich untersagt sind (vgl. Renaud 2022). Auch hier liegt die Vermutung nahe, dass die Entscheidung zum Spenden nicht an einem gesellschaftlichen Wertekompass ausgerichtet wurde, sondern dem Interesse des Anteilseigners der von den entsprechenden Gesetzgebungen profitierenden Unternehmen – in diesem Fall Bill Gates – steht (vgl. ebd.).

3 Resümee und Ausblick

Im Sinne der durch die Bourgeoisie vorgelebten Kommodifizierung von Solidarität zeichnet sich bei Li (2017) ab, dass sich nunmehr auch die lohnabhängige Klasse bemüht fühlt, ihrem Wunsch nach Anerkennung durch den Erwerb von wohltätigkeitsstiftenden Produkten Ausdruck zu verleihen. Durch die aus dem Begriff des Philanthrokapitalismus resultierende Kommodifizierung des Spendens erwirtschaftet die Bourgeoisie der marktbeherrschenden Unternehmen aus gleich zwei Gründen einen höheren Ertrag: Erstens durch die konsumförderliche Verschmelzung von Kaufzweck und vermeintlicher Philanthropie, zweitens durch den strategischen Einsatz von Spenden als Investitionen, welchen es aufgrund seiner Alternativlosigkeit im Kapitalismus nicht zu hinterfragen gilt.

Die Kritik am Begriff des Philanthrokapitalismus reiht sich ein in die Kritik an verschiedenen Ansätzen zur Rechtfertigung einer kapitalistischen Vermögensverteilung. Wie die Vorstellung einer „unsichtbaren Hand“ nach Adam Smith oder dessen „Trickle-Down-Theorie“ stellt auch der Philanthrokapitalismus nur oberflächlich ein Surrogat für eine gerechte, kollektiv beschlossene Umverteilung von Reichtum dar. Motivation und Nachhaltigkeit des philanthrokapitalistischen Ansatzes sind insoweit zweifelhaft, als die Bourgeoisie den Begriff der Philanthropie für sich reklamiert, wodurch dieser von seiner eigentlichen Bedeutung entfremdet und zum Werbeinstrument der herrschenden Klasse wird. Es ist davon auszugehen, dass eine nachhaltige Umverteilung von Reichtum nur durch marktunabhängige Interessen erfolgen kann – vorausgesetzt, diese repräsentieren den Wert der Philanthropie im ursprünglichen Sinne.

4 Postskriptum

Im Rahmen des vorliegenden Essays richtet sich die Begriffskritik in erster Linie gegen einen zu leichtfertigen Umgang mit der Annahme, der Kapitalismus löse seine Probleme von selbst. Es handelt sich hier um eine Dynamik, die geeignet ist, die ständige Reflektion der gegebenen Verhältnisse – wie sie ja von Marx gefordert wird – als entbehrlich darzustellen. Jene Dynamik ist nämlich bereits jetzt manifest, da Akteure des Kapitalismus das Ende der öffentlichen Debatte proklamieren, weil der Philantropkapitalismus scheinbar alle Lösungen beinhaltet. Die Kritik an jenen Umständen ist keineswegs als reine Kritik am bestehenden System zu verstehen, sondern als Darlegung einer neuen Herausforderung und somit auch als Kritik an der praktischen Implementierung sozialistischer Komponenten („Reformen“) in das gegebene System, um dieses zu verändern. Es wäre in diesem Zusammenhang geboten gewesen, diesen Gedankengang nachvollziehbarer darzustellen.

Im Sinne der Kritik am bestehenden System aus sich heraus habe ich auf eine weitergehende Erfassung der Frage, ob und wie ein Überwinden der Wirtschaftsordnung im Rahmen einer möglichen Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie möglich und zielführend ist, verzichtet – die zu klärenden Tücken dieses Konzepts wären eben jene, auf welche ich im vorliegenden Essay eingegangen bin.

Literaturverzeichnis

Li, V. (2017). "Shopping for Change": 'World Vision Canada' and Consumption-Oriented Philanthropy in the Age of Philanthrocapitalism. In: *Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*, 28(2) (S. 455–471).
<http://www.jstor.org/stable/44668842>

Marx, K.; Engels, F. (1848): Manifest der Kommunistischen Partei. Mit Zwischenüberschriften und Hervorhebungen. Verlag Olga Benario und Herbert Baum. Zuletzt abgerufen am 25.11.2022:
<https://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/manifest-kommentiert.pdf>

Renaud, J. B. (Regie). (2022): Genlabor Afrika - Die Geschäfte des Bill Gates. ARTE-Dokumentation. Zuletzt abgerufen am 25.11.2022:
<https://www.youtube.com/watch?v=YTvDtvRgwpQ&t=3s>

Sandberg, B. (2014). Nackte Kaiser retten die Welt - Philanthrokapitalismus. In: Zimmer, A. E.; Simsa, R. (Hrsg.): *Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement* (S. 63-80), Wiesbaden: Springer Fachmedien